

Montag, 5. Februar 1923. Vormittagsausgabe

Erhöhung der Fürsorgeabgabe.Ein Viertel Prozent, für Banken ein halbes Prozent!

Durch den am Samstag gefassten Beschluss des Nationalrates sind die Gemeinden verpflichtet, zur Arbeitslosenunterstützung künftig in vier Prozent des Aufwandes beizutragen. Wie bereits vom Finanzreferenten im Gemeinderate angekündigt wurde, sieht sich die Gemeinde Wien ^{daher} geötigt, zur Deckung der ^{unvorhergesehenen} neuen Lasten eine Erhöhung der Fürsorgeabgabe vorzunehmen. Der diesbezügliche Gesetzentwurf wird dem für heute nachmittags einberufenen Finanzausschuss zugehen. Es wird vorgeschlagen, die Fürsorgeabgabe, die allgemein vier Prozent beträgt, auf vier ein viertel Prozent und die derzeit für Banken, Bankiers und sonstige Personen, die sich gewerbeschäftigt mit Geld- oder Kreditgeschäften befassen, mit acht Prozent festgesetzte Abgabe auf achteinhalf Prozent zu erhöhen. Das Ausmass der Steigerung bleibt wesentlich hinter den in der Öffentlichkeit genannten Ansätzen zurück. Wenn auch die Gemeindeverwaltung von dem seit Mai 1919 unentwegt befolgten Grundsatz nicht abgehen konnte, einer dauernden Ausgabe auch eine dauernde Einnahme gegenüberzustellen, so war doch vor allem das Bestreben massgebend, jede Verschärfung der Industriekrise zu vermeiden. Die sehr bescheidene Erhöhung wurde in der Annahme vorgeschlagen, dass der gegenwärtige Stand der Arbeitslosigkeit keineswegs in diesem Umfange verbleiben, sondern vielmehr im Jahresdurchschnitt eine sehr bedeutende Herabminderung ^{erfahren wird.} Zunächst wird also der Ertrag des Zuschlages zur Deckung der wöchentlichen Ausgaben von rund 350 Millionen Kronen, wie sie der gegenwärtigen Zahl der Arbeitslosen entsprechen, keineswegs ausreichen, doch wird damit gerechnet, dass sich dafür in den späteren Monaten ein entsprechender Ausgleich einstellen wird. Der Zuschlag ist mit der Dauer der Verpflichtung der Gemeinde, zur Arbeitslosenunterstützung beizutragen, begrenzt und verschwindet in dem Augenblick in dem der Bund, wie bisher, den nach den Zahlungen der Arbeiter und Unternehmer verbleibenden Rest wieder allein trägt. Die Belastung die Industrie, Gewerbe und Handel durch diese Steuererhöhung erfahren, ist keine drückende. Unter Zugrundelegung eines monatlichen Durchschnittes ^{von etwa 1 Million} macht der Zuschlag 2.500 Kronen aus. Einen Betriebe also der vierhundert Personen beschäftigt, wird eine neue monatliche Ausgabe von rund einer Million Kronen erwachsen.

Die erhöhte Arbeitslosenunterstützung ist zum erstenmale am 11. Februar fällig und die Gemeinde wird zu diesem Termin bereits den Beitrag leisten müssen. Der Zuschlag zur Fürsorgeabgabe soll am 15. Februar in Kraft treten, um die Abrechnung leichter zu gestalten. Es wird für die erste Februarhälfte der bisherige, für die zweite Februarhälfte der erhöhte Abgabesatz zu entrichten sein.

Die entsprechende Vorlage soll in der für Freitag einberufenen Sitzung des Wiener Landtages verabschiedet werden.

RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y .

Wien, Montag, den 5. Februar 1923. Nachmittagsausgabe.

Der Wiener Stadtschulrat im neuen Amtsgebäude. Vor einigen Tagen fand die feierliche Uebergabe des Gebäudes, in dem früher der Verwaltungsgerichtshof untergebracht war und das nun der Gemeinde Wien an Stelle des Statthaltereigebäudes zugewiesen wurde, an den Wiener Stadtschulrat als dessen Amtshaus statt. Im Festsaale hatten sich die leitenden Beamten und sämtliche Landes- und Bezirksschulinspektoren eingefunden. Bürgermeister Reumann, der die Uebergabe vornahm, betonte in seiner Ansprache, dass die Gemeinde Wien den grössten Wert darauf lege, die Wiener Schulbehörde zweckmässig und würdig unterzubringen. Durch die Zusammenlegung des einstigen Landes- und Bezirksschulrats wurde es notwendig, auch die Beamten dieser Stellen in ein Gebäude zu vereinigen; in dem neuen Hause sind ausserdem das Berufsberatungsamt der Stadt Wien, das psychologisch-experimentelle Institut der Stadt Wien und die Lehrmittelzentrale untergebracht, so dass nicht nur alle Räume sorgfältig ausgenützt sind, sondern auch eine einheitliche Führung all dieser Einrichtungen erleichtert wurde. Der Bürgermeister gab dem Wunsch Ausdruck, dass in dem schönen Hause stets auch ein guter Geist wohnen möge.

Der geschäftsführende Vizepräsident des Stadtschulrates, Nationalrat Geckel dankte der Gemeinde Wien für die Ueberlassung des Gebäudes und verwies auf die vorbildliche Arbeit, die von allen Beamten des Hauses gerne geleistet werde, sowie auf den grossen Wirkungskreis, der von hier aus zu verwalten sei, da der Stadtschulrat sämtliche Volks-, Bürger-, Mittel- und gewerblichen Fachschulen, ferner die Taubstummen und Blindenanstalten Wien zu verwalten habe, und nicht weniger als 10½ Tausend Lehrer ihm unterstehen. Der Stadtschulrat werde alles daransetzen, den Intentionen der Gemeinde Wien, die auf die restlose Durchführung der Schulreform hinzuzielen, völlig gerecht zu werden. Es sei auch mit Recht zu hoffen, dass die Stadt Wien sich auch bei der Durchführung der notwendigen Abbaumassnahmen von dem Gedanken wird leiten lassen, dass die Schulreform auf keinen Fall eine Schädigung erleiden dürfe.

Hofrat Dr. Reitterer begrüßte sodann den Bürgermeister im Namen der Beamtenschaft und der Schulaufsicht und gab das Versprechen ab, dass die Beamten und Lehrer gerne ihre Arbeitskraft im grossen Werk der Schulreform und der Schulverwaltung weihen. Der Bürgermeister unternahm dann einen Rundgang durch alle Büros und nahm die Vorstellung der Beamten entgegen.

Verbot der Errichtung neuer privater Schweineschlachtstätten. Mit Rücksicht auf den Bestand des Schweineschlachthauses der Gemeinde Wien und die Eröffnung des Kontumazmarktes mit seinem eigenen Schweineschlachthaus, welches allen Anforderungen vollauf genügen, hat der Magistrat auf Grund des § 35 der Gewerbeordnung die Anlage neuer privater Schlachtstätten für Schweine und die Erweiterung von solchen bestehenden Schlachtstätten verboten. Die Kundmachung ist bereits in Kraft getreten.

Goldene Hochzeiter. Samstag, den 3. ds. überreichte StR. Spöiser in Vertretung des Bürgermeisters, folgenden goldenen Hochzeitspaaren die Ehrengabe der Gemeinde Wien: Franz und Leopoldine Bachmann, VII., Hermangasse 32, Leopold und Katharina Hahn, IX., Seegasse 9, Wenzel und Franziska Pacht, XII., Mandlgasse 22, Ludwig und Agnes Schuster, XIV., Felberstrasse 106 und Josef und Therese Teufl, Brunn am Gebirge, Grohegasse 7.

Das Hochwasser der Donau. Infolge des fortgesetzten Tauwetters verbunden mit Lawinastützen und Niederschlägen, zeigt die Donau ein weiteres Steigendes Wasserstandes, so dass das Wasser heute früh 4.44 Meter über dem Nullpunkt des Pegels bei der Reichsbrücke erreichte. Der Handelskanal wurde überflutet, Das Stadtbaumeister hat daher bereits in den Morgenstunden die folgenden Ueberschwemmungsexposituren in Dienst gestellt: Zwischenbrücken, Schule Pöchlarnstrasse; Prater, Schule Schöngasse; Freudenau, Schule Aspernallee; Kaiser Ebersdorf, Schule Münichplatz; Döbling, Schule Hammer-schmiedgasse. Das heute vormittags unter dem Vorsitz des StR. Siegel zusammengetretene Zentralkomitee für Hochwasserangelegenheiten hat auch noch die Expositur Brigittenau, Schule Rfaelgasse in Dienst gestellt.

Die Donau ist oberhalb Stein bereits fallend, unterhalb Stein jedoch noch schwach steigend. Für heute nachmittags wird der Höchstwasserstand mit etwa 4.60 Meter am Pegel bei der Reichsbrücke erwartet. Nach der Wetterlage ist nur mit einem langsamen Abflauen der Hochwasserwelle zu rechnen, so daß in den Niederrungen entlang der Dämme Grundwasser aufsteigen dürfte.

Aufnahme einer Wohnbauanleihe von zehn Milliarden Kronen. Im Finanzausschuss berichtete heute Stadtrat Breitner über das Ergebnis der zwischen der Gemeinde Wien und dem Bankenkonsortium geführten Verhandlungen wegen Präzisierung einer neuen Wohnbauanleihe. Das Konsortium erklärte sich bereit, zehn Milliarden Kronen Wohnbauanleihe auf Best Rechnung zu übernehmen. Die Verzinsung beträgt fünf Prozent, der Kurs 98 netto. Die Anleihe hat eine Laufzeit von sechzig Jahren. Als besondere Sicherheit dient die Wohnbausteuer, wie dies schon bei der Formung dieser Abgabe im Gesetze vorgesehen ist. Die Ausstattung der Anleihe entspricht im übrigen ganz genau den vorhergegangenen Emissionen, der erzielte Kurs ist aber um zwei Prozent für die Gemeinde günstiger, als dies bei der letzten Begebung an das Konsortium der Fall war. Die der Gemeinde für die Schaffung neuer und die Erhaltung bestehender Wohnräume aus dem Ertrag der Wohnbausteuer zur Verfügung stehende Summe erhöht durch diese Zehnmilliardenanleihe eine sehr ansehnliche Vermehrung. Es wird der Gemeinde dadurch möglich sein, die Arbeitslosigkeit in der einzig wirksamen Form zu lindern.

Der Finanzausschuss stimmte der Aufnahme dieses Anlehens, dessen besonders günstige Bedingungen anerkannt wurden, einhellig zu.

Ehrengabe für den Uhrmacher Niclaus. Im Gemeinderatsausschuss für Finanzwesen beantragte heute Gemeinderat Hiess, dass dem bekannten Wiener Uhrmacher Josef Niclaus eine einmalige Ehrengabe von 600.000 Kronen gewährt werden möge. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Niclaus hat seinerzeit dem Verein der Freunde des Wiener Uhrenmuseums seine sehenswerte Uhrensammlung gespendet, die dann in den Besitz der Gemeinde gelangte und im Uhrenmuseum der Stadt Wien besichtigt werden kann.